



Julia Kappel-Gnirs,
Fraktionsvorsitzend
e Bad Sodener
Bürger

Bad Soden, den 04.05. 2025

Pressemeldung Bad Sodener Bürger zum Artikel Bündnis 90 die Grünen, „Alter Wein in alten Schläuchen“

Was haben sich die Bad Sodener Bürger (BSB) da nur wieder erlaubt? Ein Tabubruch sondergleichen:

- Wir haben in der letzten Stadtverordnetenversammlung im März 2025 einen Prüfantrag gestellt, um Möglichkeiten zur Reduzierung der Kosten bei der Unterbringung anerkannter oder geduldeter Geflüchteter in Bad Soden zu prüfen;
- Wir haben beantragt, dass die Stadt das Land auffordern möge, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die weiterhin in den Flüchtlingsunterkünften wohnen, auszuweisen – also schlicht und einfach geltendes Recht umzusetzen.

Und die CDU hat diesen Anträgen auch noch zugestimmt! Aus Sicht der Grünen offenbar ein Akt von Populismus und politischer Geschmacklosigkeit.

Doch was hat uns nun tatsächlich zu diesen “schlimmen” Taten veranlasst?

Auslöser war die Antwort der Stadtverwaltung auf unsere parlamentarische Anfrage vom September 2024 zu den monatlichen Kosten der dezentralen Unterbringung Geflüchteter. Die Stadtverwaltung teilte uns im Dezember mit: Im September beliefen sich die reinen Unterbringungskosten auf 180.000 Euro – für 150 Personen. Das entspricht einer Kaltmiete von etwa 1.200 Euro pro Person. Zwar erstattet der Main-Taunus-Kreis diese Summen, doch letztlich handelt es sich um Steuergelder.

Unser Anliegen ist keine Neiddebatte, kein Populismus und auch kein Wahlkampfgetöse. Uns geht es um den verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Aus der Not fehlender Unterkünfte heraus werden extrem überhöhte Mieten an private Anbieter gezahlt – und hier allein in Bad Soden in Höhe von rund 2 Millionen Euro pro Jahr (Stand September 2024).

„Warum also nicht offen darüber diskutieren, menschenwürdige, aber zugleich kostengünstigere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen?“, fragt Christian Gutbier für die Fraktion der Bad Sodener Bürger.

Wäre es nicht sinnvoller, staatliche Mittel stärker in Integrations- und Arbeitsförderungsprogramme zu investieren, damit anerkannte Geflüchtete schneller auf eigenen Füßen stehen können? Und ebenso selbstverständlich ist es doch, zu fordern, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber nach Abschluss aller Verfahren unser Land verlassen – auch um dringend benötigte Plätze freizumachen. Dass die Grünen hier reflexartig von „Populismus“ sprechen, überrascht kaum – eine Partei, deren ökonomischer Sachverstand sich darin erschöpft, Unternehmen im Fall der Insolvenz einfach „pausieren“ lassen zu wollen, scheint auch in Haushaltsfragen zu glauben, Steuergelder seien ein unbegrenzter Selbstbedienungstopf.

Doch genau das kann und muss sich ändern – wenn man es wirklich will.

Christian Gutbier: „Wir als Bad Sodener Bürger werden uns auch weiterhin konsequent die Probleme ansprechen, bei denen Steuergelder versickern – selbst wenn es den Grünen lieber wäre, diese Themen totzuschweigen und den Bürger nicht damit „zu behelligen“!“